

Antrag

der Abgeordneten Dr. Achim Kessler, Sylvia Gabelmann, Susanne Ferschl, Matthias W. Birkwald, Christine Buchholz, Fabio De Masi, Katja Kipping, Jan Korte, Jutta Krellmann, Cornelia Möhring, Sören Pellmann, Eva-Maria Schreiber, Jessica Tatti, Harald Weinberg, Sabine Zimmermann (Zwickau) und der Fraktion DIE LINKE.

Für eine gute nationale und internationale Strategie bei Corona-Impfstoffen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Die Corona-Impfstrategie von Bund und Ländern lässt bislang (06.11.2020) die Frage außen vor, wer die Impfstoffe zuerst erhalten soll. Das Konzept verweist hier auf die Beratung durch die Ständige Impfkommission (STIKO), den Deutschen Ethikrat und die Leopoldina. Jedoch sind hier neben epidemiologischen auch grundlegende normative Fragen zu klären. Daher gehört die Entscheidung darüber ebenso wie die Fragen des Bundesanteils der Finanzierung und der Organisation in die Hände des Bundestages.

Für das Jahr 2021 wird mit dem Marktzugang eines oder mehrerer Impfstoffe gegen das neuartige Coronavirus SARS-CoV-2 gerechnet. Mit den Impfstoffen wird die Hoffnung verbunden, zunächst in den bestimmten Gruppen und später in weiten Teilen Bevölkerung Immunität zu erzeugen und dadurch zu mehr Normalität im Alltag zurückkehren und eingreifende Maßnahmen aufheben zu können.

Nach wie vor ist es nicht ausgeschlossen, dass es keinen wirksamen und sicheren Impfschutz geben wird. Möglicherweise werden auch nur Impfstoffe entwickelt werden können, die einen gewissen Schutz vor schweren Krankheitsverläufen, aber keinen weitgehenden und langanhaltenden Schutz auch vor leichteren Formen von COVID-19 bieten. Ebenso könnten Mutationen des Virus auftreten, die entwickelte Impfstoffe in ihrer Wirksamkeit beeinträchtigen. Es ist daher weiterhin notwendig, dass sich alle Bereiche der Gesellschaft darauf einrichten, auf absehbare Zeit mit dem neuen Coronavirus leben zu müssen und diese Zeit nicht nur als Übergangszeit bis zur Verfügbarkeit eines Impfschutzes ansehen. Dazu sind von der Bundesregierung vermehrt Anstrengungen zu unternehmen, damit auch ohne Impfstoff eine neue gesellschaftliche Normalität mit dem neuartigen Coronavirus erreicht werden kann. Dies beinhaltet insbesondere auch Maßnahmen zur Verpflichtung von Arbeitgebern, einen bestmöglichen Infektionsschutz für Beschäftigte zu gewährleisten, durch Investitionen zu einem neuen Regelbe-

trieb an Schulen, Kitas und Universitäten beizutragen und gerade für junge Menschen zur Entwicklung von Formen des Zusammenseins und auch Feierns bei Gewährleistung eines bestmöglichen Infektionsschutzes beizutragen. Hierzu können auch andere neue Entwicklungen, wie Antigen-Schnelltests helfen.

Die Impfstoffentwicklung ist üblicherweise ein jahrelanger Prozess. Im Fall von SARS-Viren ist es besonders anspruchsvoll, einerseits eine ausreichend starke Immunantwort hervorzurufen und andererseits eine überschießende Reaktion des Immunsystems und damit unerwünschte Nebenwirkungen zu verhindern. Bei der Entwicklung dürfen keinesfalls aufgrund der aktuellen Lage Abstriche bei den Anforderungen an die Sicherheit des Impfstoffs gemacht werden. Im Gegenteil: Wegen der Neuartigkeit des Impfstoffs (es gab noch nie einen Impfstoff für Menschen gegen Coronaviren aus der Gruppe SARS/MERS), aber auch weil voraussichtlich viele Millionen Menschen mit dem Impfstoff behandelt werden, ist größte Priorität auf den Nachweis der Sicherheit zu legen. Die Studien müssen aussagefähig genug sein, um auch sehr seltene unerwünschte Wirkungen und den Schutzeffekt bei den künftigen Zielgruppen gut abschätzen zu können. So müssen etwa zum Schutz von Menschen mit hohem Risiko für einen schweren Krankheitsverlauf die Impfstoffe auch an diesen getestet werden. Menschen im höheren Alter etwa entwickeln oft eine geringere Immunantwort, sodass ein Impfstoff hier weniger wirksam sein kann. Gleichzeitig kann bei diesen Menschen aber auch die Gefahr einer übermäßigen Immunantwort erhöht sein. Vor diesem Hintergrund verbieten sich Bemühungen, für SARS-CoV-2-Impfstoffe beschleunigte Zulassungsverfahren (Fast-track-Zulassung) oder politischen Druck auf Zulassungsbehörden oder die Impfstoffentwicklung auszuüben. Besondere Vorsicht ist geboten, wenn der Impfstoff zudem auf einen neuartigen Wirkmechanismus, etwa bei mRNA-Impfstoffen, zurückgreift.

2. Für die Bekämpfung der COVID-19-Pandemie ist ein globales solidarisches Vorgehen notwendig, denn eine Pandemie ist erst dann vorüber, wenn sie in allen Ländern vorüber ist. Potenzielle Impfstoffe gegen COVID-19 sind globale öffentliche Güter. Weltweit fließen derzeit öffentliche Mittel in Milliardenhöhe in die Forschung, Entwicklung und Produktion von Impfstoffen gegen die Erkrankung COVID-19. Dabei mangelt es für die beteiligten Akteure an verbindlichen Regelungen, welche sicherstellen, dass das entstandene Wissen und aus der Forschung heraus entwickelte potenzielle Impfstoffe weltweit verfügbar und bezahlbar sind. Geistige Eigentumsrechte wie Patente und exklusive Nutzungslizenzen verhindern die Bereitstellung ausreichender und bezahlbarer Impfstoffdosen in ärmeren Ländern und verzögern damit die Eindämmung der COVID-19-Pandemie. Hohe Preise führen seit Langem dazu, dass Millionen Menschen weltweit, keinen Zugang zu dringend benötigten Arzneimitteln erhalten. Dies ist der Intransparenz des Arzneimittelmarktes geschuldet sowie dem Umstand, dass die Forschung und Entwicklung unentbehrlicher Medikamente nicht befreit ist von den Profitinteressen und Gewinnstrategien der Pharmakonzerne. Ein erfolgreicher Kampf gegen die COVID-19-Pandemie setzt voraus, dass ärmere Länder ebenso schnell und in gleichem Maße wie reiche Länder Zugang zu bezahlbaren Arzneimitteln gegen COVID-19 erhalten.

Doch unter anderem die Bundesregierung hat über die EU bereits bilaterale Vorab-Kaufverträge mit verschiedenen Impfstoffherstellern über mehrere hundert Millionen Impfdosen abgeschlossen. Damit schwächt sie die COVAX-Fazilität, die innerhalb des ACT-Accelerator (ACT-A) als globaler Solidaritätsmechanismus für den Kauf und die Verteilung von COVID-19-Impfstoffen gegründet wurde und an der sich Deutschland über das „Team Europe“ beteiligt. Staaten mit ausreichender Kaufkraft haben sich bereits einen Großteil der potenziellen Impfstoffe, die im nächsten Jahr produziert werden könnten, gesichert.

Um eine weltweit gerechte Verteilung von potenziellen Impfstoffen sicherzustellen, ist insbesondere die COVAX-Fazilität Advance Market Commitment (AMC), ein weiterer Mechanismus innerhalb des ACT-A, zu stärken. Die COVAX-Fazilität AMC soll den 92 ärmsten Ländern der Welt, die Finanzierung über die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (Official Development Assistance – ODA) erhalten, zügig sichere Impfstoffe bereitstellen. Ist dieser Mechanismus nicht voll funktionsfähig, werden die Anstrengungen zur globalen Eindämmung der Pandemie scheitern.

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
1. vermehrt Anstrengungen zu unternehmen, damit auch ohne Impfstoff eine neue gesellschaftliche Normalität mit dem neuartigen Coronavirus SARS-CoV-2 erreicht werden kann. Dies beinhaltet insbesondere auch Maßnahmen zur Verpflichtung von Arbeitgeber*innen, einen bestmöglichen Infektionsschutz für Beschäftigte zu gewährleisten, durch Investitionen zu einem neuen Regelbetrieb an Schulen, Kitas und Universitäten beizutragen und gerade für junge Menschen zur Entwicklung von Formen des Zusammenseins und Feierns bei Gewährleistung eines bestmöglichen Infektionsschutzes beizutragen;
 2. dem Bundestag eine nationale Impfstrategie zur Bekämpfung von COVID-19 zum, Beschluss vorzulegen, die
 - a) unterschiedliche Strategien für die zu erwartenden unterschiedlichen Impfstoffe mit ihren unterschiedlichen Wirkprofilen und entsprechend sinnvolle spezifische Zielgruppen enthält;
 - b) die vorgeschlagene Verteilung anhand transparenter Abwägungen deutlich macht (z. B. Priorität auf Risikopatientinnen und -patienten, auf Menschen im Medizin- und Pflegebereich, auf Menschen, die besonders häufig das Virus übertragen etc.);
 - c) bei Zweifeln an der Sicherheit bestimmter Impfstoffe diese nicht oder nur unter bestimmten Bedingungen als Teil der Impfstrategie vorsieht;
 3. sich bei der EU-Kommission energisch dafür einzusetzen, dass bei der Zulassung der Impfungen und der Prüfung der entsprechenden klinischen Studien voreilige Entscheidungen unbedingt vermieden werden;
 4. eine deutliche Steigerung der globalen Produktionsmöglichkeiten von COVID-19-Impfstoffdosen durch nichtexklusive Nutzungslizenzen sowie einen offenen Zugang zu und das Recht auf Nutzung aller Technologien, Know-how, Materialien, regulatorischen Daten und geistigen Eigentumsrechte im Zusammenhang mit allen COVID-19-Impfstoffkandidaten durch Hersteller weltweit zu unterstützen, um die Abhängigkeit insbesondere ärmerer Länder von einzelnen Pharmaunternehmen zu verringern;
 5. sich bei der WTO dafür einzusetzen, dass alle geistigen Eigentumsrechte in Bezug auf Impfstoffe, Medikamente und Diagnostika, die bei privaten Unternehmen gehalten werden, von den Firmen unter Berücksichtigung des realen Aufwands für Forschung und Entwicklung inklusive gescheiterter Entwicklungsversuche mit direktem Bezug auf SARS-CoV-2 von den Mitgliedstaaten der WTO abgekauft werden. Falls dies einvernehmlich nicht möglich ist, sollen die geistigen Eigentumsrechte in die öffentliche Hand übergehen und die Firmen angemessen entschädigt werden. Für die dann öffentlich gehaltenen Rechte werden Lizenzen an Arzneimittelhersteller so vergeben, dass eine global gesehen faire Verteilung gemäß den WHO-Kriterien erfolgt;

6. sich für den am 02.10.2020 von Südafrika und Indien an den Rat des TRIPS-Abkommens gestellten Antrag einzusetzen, der vorsieht, dass die WTO-Mitgliedstaaten auf Wunsch geistige Eigentumsrechte auf Medikamente, Impfstoffe und Diagnostika gegen COVID-19 sowie auf dringend benötigte Technologien und Hilfsmittel wie Schutzausrüstung bis zum Ende der globalen COVID-19-Pandemie aussetzen können;
7. zu gewährleisten, dass alle Produkte bezüglich COVID-19, deren Entwicklung von der Bundesregierung mit Steuergeldern gefördert wurde, global zu günstigen Preisen angeboten werden, dafür alle Lizenzen in den bei der WHO angesiedelten Technology Access Pool (C-TAP) einzubringen und diesen vorbehaltlos zu unterstützen;
8. verbindlich Anteile deutscher, bereits reservierter Impfstoff-Kontingente, die im Rahmen der europäischen Verhandlungen mit Pharmaunternehmen anteilig Deutschland zur Verfügung stehen, für den Einsatz in humanitären Not- und Krisensituationen bereitzustellen;
9. ihre politische und finanzielle Unterstützung für den COVAX AMC um 100 Millionen Euro im Jahr 2021 aufzustocken, um sicherzustellen, dass der AMC ausreichend wirksame und sichere Impfstoffe für die 92 ärmsten Länder der Welt bereitstellt.

Berlin, den 17. November 2020

Amira Mohamed Ali, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion